

**SPD****Fraktion im  
Bezirksrat der**

Landeshauptstadt | Hannover

Einmal 04.04.16 14<sup>08</sup>

Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten	
05. APR. 2016	
17 <sup>11</sup>	12 <sup>00</sup>

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN****Fraktionen im Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt Hannover**

An den  
Bezirksbürgermeister  
im Stadtbezirk Mitte  
Michael Sandow o.V.i.A.

über den Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Drucksache Nr. 15-0732/2016 M<sub>1</sub>

Hannover, 04.04.2016

**Antrag** gem. § 10 iVm. § 32 der Geschäftsordnung des Rates  
der Landeshauptstadt Hannover  
in die nächste Sitzung des Bezirksrates  
**Anhörung und Information der Verwaltung zum bezahlbaren  
Wohnraum in den Stadtteilen  
Calenberger Neustadt, Mitte, Oststadt und Zoo**

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

*egner*  
In der nächsten Bezirksratssitzung wird eine Information der Verwaltung sowie eine Anhörung zum Thema „bezahlbares Wohnen im Stadtbezirk Mitte“ durchgeführt, zu welcher je ein(e) VertreterIn des Deutschen Mieterbundes, des Sozialverbandes, der GBH, des Seniorenbeirates und der SeWo, der Diakonie (ZBS) und des Caritas eingeladen werden.

**Begründung:**

Hannover ist eine hochattraktive und auch im bundesdeutschen Vergleich stark wachsende Stadt mit einer hervorragenden Infrastruktur. Menschen aus dem Umland und von außerhalb ziehen in die Landeshauptstadt und wissen die hohe Lebensqualität auch im Stadtbezirk Mitte sehr zu schätzen.

*[Handwritten signature]*  
*[Handwritten signature]*



Nicht alleine aufgrund von Kostensteigerungen sondern auch insbesondere unter Ausnutzung der Marktlage am Wohnungsmarkt wurden die Preise auf dem Wohnungsmarkt gerade auch im Stadtbezirk Mitte drastisch angehoben, sowohl bei Mietwohnungen als auch im Bereich von Eigentumswohnungen.

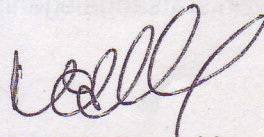
Für Mitmenschen mit überschaubaren eigenen Mitteln wird es vor diesem Hintergrund immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden bzw. zu behalten.

Mit Einführung der Mietpreisbremse im Bereich der Stadt Hannover wird ein unerlässlicher und wichtiger Baustein zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums demnächst in Kraft treten, der jedoch von weiteren Maßnahmen begleitet wird bzw. zukünftig werden muss.

Zur Klärung der Situation auf dem Wohnungsmarkt im Stadtbezirk Mitte ist diese Anhörung und die Information der Verwaltung erforderlich, auch im Hinblick auf die Zahl stadteigener Wohnungen, Wohnungen der GBH und der ZVK, die Anzahl und die Entwicklung des Bestandes von Belegreichtwohnungen, Schaffung neuen Wohnraums, zur Entwicklung der Leerstandsquote und der Frage, wie die Stadt Hannover bisher auf Mietwucher durch raffgierige Vermieter, die Wuchermieten verlangen, im Hinblick auf die Einleitung von OWiG-Verfahren (insbes. bzgl. § 5 WiStG) reagiert bzw. zur Einleitung von Strafverfahren (insbes. bzgl. § 291 StGB) mit der Staatsanwaltschaft kooperiert.



Hülya Demir  
Fraktionsvorsitzende



Martin Nebendahl  
Fraktionsvorsitzender